

Gemeinsame Botschaft von François Mitterrand und Helmut Kohl (Bonn, 18. April 1990)

Quelle: Verantwortung für Frieden und Freiheit. Eine Textsammlung zur Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland von 1949-2000. [CD-ROM]. [Berlin]: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, [s.d.].

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/gemeinsame_botschaft_von_francois_mitterrand_und_helmut_kohl_bonn_18_april_1990-de-89369c53-5d93-4e56-8397-825ca92c86f5.html

Publication date: 21/10/2014

Botschaft des Staatspräsidenten der Französischen Republik, François Mitterrand, und des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Kohl, an den irischen Premierminister und amtierenden Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Haughey (Bonn, 18. April 1990)

Sie haben die Initiative ergriffen und für den 28. April eine außerordentliche Sitzung des Europäischen Rates einberufen. Hierfür danken wir Ihnen aufrichtig. Sie haben zwei Themen für die Tagesordnung vorgesehen: Die deutsche Einigung und ihre Konsequenzen für die Gemeinschaft, die Beziehungen der Gemeinschaft zu den anderen europäischen Ländern, insbesondere den Staaten Mittel- und Osteuropas.

Angesichts der tiefgreifenden Umwälzungen in Europa, unter Berücksichtigung der Herstellung des Binnenmarktes und der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion halten wir es für notwendig, den politischen Aufbau des Europas der Zwölf zu beschleunigen. Wir glauben, daß es an der Zeit ist, "die Gesamtheit der Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten in eine Europäische Union umzuwandeln und diese mit den notwendigen Aktionsmitteln auszustatten", wie es die Einheitliche Akte vorgesehen hat.

In dieser Perspektive drücken wir den Wunsch aus, daß der Europäische Rat am 28. April folgendes beschließt:

1. Die zuständigen Gremien darum zu bitten, die vorbereitenden Arbeiten für die Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion zu intensivieren, die vor Ende des Jahres 1990 auf Einladung der italienischen Präsidentschaft eröffnet werden wird, wie es der Europäische Rat von Straßburg entschieden hat.

2. Die vorbereitenden Arbeiten für eine Regierungskonferenz über die Politische Union einzuleiten. Es geht insbesondere darum,

- die demokratische Legitimation der Union zu verstärken,
- ihre Institutionen effizienter auszugestalten,
- die Einheit und die Kohärenz der Aktion der Union in den Bereichen der Wirtschaft, der Währung und der Politik sicherzustellen,
- eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik festzulegen und in die Tat umzusetzen.

Die Außenminister sollten beauftragt werden, einen ersten Bericht für den Europäischen Rat im Juni und einen Schlußbericht für den Europäischen Rat im Dezember zu erstellen. Wir wünschen, daß die Regierungskonferenz über die Politische Union parallel zu der Konferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion zusammentritt.

3. Unser Ziel ist es, daß diese grundlegenden Reformen - die Wirtschafts- und Währungsunion wie die Politische Union - am 1. Januar 1993 nach Ratifizierung durch die nationalen Parlamente in Kraft treten.

Die Außenminister der Französischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, Dumas und Hans-Dietrich Genscher, werden diese Überlegungen bei dem informellen Treffen des Allgemeinen Rates am kommenden 21. April zur Diskussion stellen. Wir wären Ihnen dankbar, diese Botschaft den anderen Mitgliedern des Europäischen Rates zu übermitteln. Wir bitten Sie, Herr Premierminister, die Versicherung unserer Hochachtung und unsere freundschaftlichen Grüße entgegenzunehmen.

François Mitterrand Helmut Kohl